

HEUTE 6.9.2017

Liebe Leserin, lieber Leser



Daniel Fuchs

Wer heute bei den SBB online ein Billett ins Ausland lösen will, landet auf dem Abstellgleis. Elektronisch oder zum selbst Ausdrucken gibt es Tickets nur für Inland-Verbindungen. Wer ab und zu nach Deutschland, Frankreich, Italien, oder Österreich fahren will, muss entweder an den Schalter – oder aufs Online-Angebot einer ausländischen Bahngesellschaft ausweichen. Zum Beispiel bei der Deutschen Bahn, wo man mit wenigen Klicks zum Ticket kommt. Wie mein Kollege Philipp Felber recherchiert hat, wollen die SBB das nun ändern. Endlich. Auf Wirtschafts.

Frage des Tages

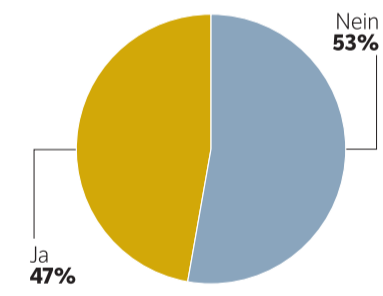
Sollen die SBB online Auslandstickets anbieten?

Ja Nein

Stimmen Sie online ab unter www.aargauerzeitung.ch www.bzbasel.ch www.solothurnerzeitung.ch www.grenchnerzeitung.ch www.ostschweizerzeitung.ch www.ostniederrheinzeitung.ch Die Umfrage finden Sie online über die Such-Funktion mit dem Stichwort «Tagesfrage». Das Ergebnis erscheint in der nächsten Ausgabe.

Ergebnis letzte Tagesfrage

Wir haben gefragt: Soll die Schweiz Kokain legalisieren?



Video des Tages

www.aargauerzeitung.ch/media/thek/videos



Papst besucht Kolumbien – diese rappende Nonne erwartet ihn.

REZEPT DES TAGES

Präsentiert von Annemarie Wildeisen

Schokoladenmousse mit Himbeersauce

Zutaten für sechs Portionen

- 200 g Edelbitterschokolade
0.5 dl Rahm
2 Stück Eiweiss
1 Prise Salz
2 Esslöffel Zucker
1.5 dl Rahm
Himbeersauce
300 g Himbeeren tiefgeföhht
0.5 Stück Zitronen Saft
3 Esslöffel Zucker

Bestellen Sie jetzt via SMS ein Schnupperabo mit 3 Ausgaben für nur 12 Franken. SMS mit SCHNUPPER + Name und Adresse an 919 (20 Rp./SMS) oder Online-Bestellung unter www.wildeisen.ch/schnupperabo

Mobiles Internet Kann die Schweiz bald nicht mehr Schritt halten?

Enthusiasten attackieren Strahlenschutz

Das Bundesamt für Kommunikation, Swisscom, Salt und Sunrise schlagen Alarm: Der strenge Strahlenschutz verhindere die Einführung von 5G. Ist eine Anpassung nötig oder übergehen sie im Digitalisierungswahn die Warnungen von Ärzten?

VON DENNIS BÜHLER

Die Frage spaltet National- und Ständerat, die meisten Parteien und selbst die Bundesverwaltung: Hat der im internationalen Vergleich strenge Schweizer Strahlenschutz nach wie vor seine Richtigkeit oder muss er aufgeweicht werden, damit das Land die technologische Entwicklung mitmachen kann?

Nun aber schlägt Philippe Horisberger, stellvertretender Direktor des Bundesamts für Kommunikation (Bakom), Alarm und fordert: «Wenn die Schweiz mit der Digitalisierung und dem Ausland Schritt halten und 5G einführen möchte, muss sie Abstriche beim Strahlenschutz hinnehmen.»

Leuthards «Riesenproblem» Mehr niedrig strahlende Antennen jedoch will die Branche nicht. Denn: «Es ist kaum vorstellbar, dass die Bevölkerung Tausende neue Antennenstandorte in Wohngebieten akzeptieren würde», wie Christian Grasser sagt.

Bafu widerspricht Bakom

Bloss: Erst vor einem Jahr unternahm der Bund letztmals einen Versuch, die strenge Verordnung über den Schutz vor nicht-ionisierender Strahlung zu lockern - und scheiterte. Zwar hatte ihn der Nationalrat im Juni 2016 noch knapp mit 96:89 Stimmen unterstützt.

Ist es politisch opportun, nach so kurzer Zeit einen neuen Anlauf für eine Gesetzesänderung zu nehmen? Ja, glaubt man im Bakom. «Der Bundesrat hatte sich vom Parlament den Auftrag erhofft, den Strahlenschutz zugunsten der 5G-Technologie zu senken, befindet sich seit dem negativen Entscheid des Ständerates aber in einer politischen Sackgasse», gibt Philippe

Horisberger zu. Der einzige Ausweg führe nun über eine breite, öffentliche Diskussion. Gefordert seien vor allem die Netzbetreiber, die den Druck auf die Politik erhöhen und die Bevölkerung auf ihr «schizophrenes Verhalten» aufmerksam machen müssten. Rhetorisch fragt der Bakom-Vize: «Wie kann man einerseits in einer abgelegenen Berg- hitte Youtube-Videos streamen wollen und sich andererseits an minimaler, gesundheitlich unbedenklicher Strahlung stören? Diese Haltung ist widersprüchlich.»

An der Frage, wie ungefährlich die Strahlung tatsächlich ist, scheiden sich freilich die Geister. «Die bisherigen Forschungsergebnisse verlangen eindeutig, unnötige Strahlenbelastung zu vermeiden», sagt Peter Kälin, Präsident des Vereins «Ärztinnen und Ärzte für den Umweltschutz». Die Strahlung verändere die menschlichen Zellen und sei potenziell krebserregend. Auch im Bundesamt für Umwelt (Bafu) teilt man die Sorglosigkeit des Bakom nicht. «Wir wissen nach wie vor zu wenig über die langfristigen gesundheitlichen Auswirkungen der Strahlung von Mobilfunkantennen», sagt Jürg Baumann, Chef der Sektion Nichtionisierende Strahlung.

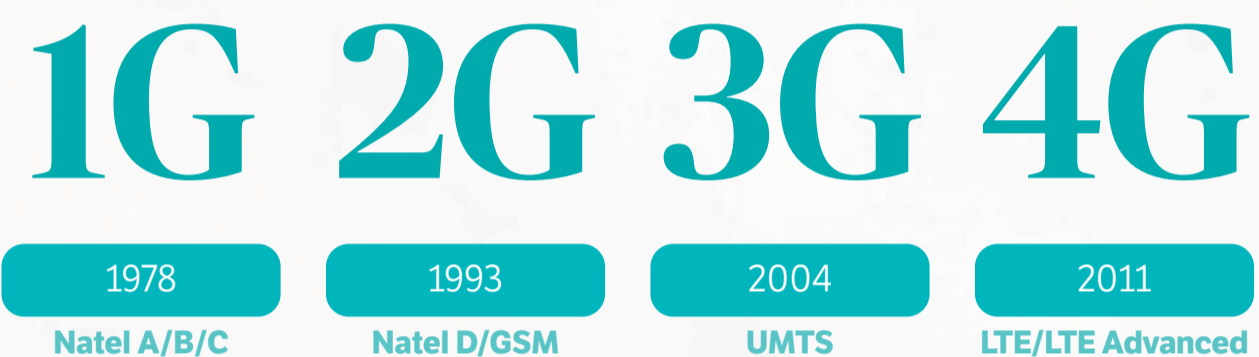
Leuthards «Riesenproblem» Mehr niedrig strahlende Antennen jedoch will die Branche nicht. Denn: «Es ist kaum vorstellbar, dass die Bevölkerung Tausende neue Antennenstandorte in Wohngebieten akzeptieren würde», wie Christian Grasser sagt.

Bafu widerspricht Bakom Bloss: Erst vor einem Jahr unternahm der Bund letztmals einen Versuch, die strenge Verordnung über den Schutz vor nicht-ionisierender Strahlung zu lockern - und scheiterte. Zwar hatte ihn der Nationalrat im Juni 2016 noch knapp mit 96:89 Stimmen unterstützt. Doch im Dezember begrub der Ständerat die Pläne nach einer emotional geführten Debatte hauchdünn mit 20:19 Stimmen. Auf fallend: Mit Ausnahme von SP und Grünen, die beide an den tiefen Grenzwerten festhielten, sowie der BDP, die für einen weichereren Strahlenschutz votierte, hatte in der Grossen Kammer keine Partei geschlossen gestimmt.

Ist es politisch opportun, nach so kurzer Zeit einen neuen Anlauf für eine Gesetzesänderung zu nehmen? Ja, glaubt man im Bakom. «Der Bundesrat hatte sich vom Parlament den Auftrag erhofft, den Strahlenschutz zugunsten der 5G-Technologie zu senken, befindet sich seit dem negativen Entscheid des Ständerates aber in einer politischen Sackgasse», gibt Philippe



Anwendung geschätzt, Technologie umstritten: Zwei Männer führen auf dem Dach eines Bürogebäudes in Zürich Arbeiten an einer Mobilfunkantenne aus. CHRISTIAN BEUTLER/KEYSTONE



Das erste mobile Telefonnetz wurde von der Swisscom-Vorläuferin PTT im Jahr 1978 unter dem Namen Ntel-A aufgeschaltet. Der Begriff Ntel stand dabei für Nationales Autotelefon. Im Gegensatz zu den Vorgängern übertrug das Ntel-D-Netz nicht analoge Sprachsignale, sondern digitale Zahlenfolgen. Der grosse Vorteil der dritten Mobilfunkgeneration waren höhere Datenübertragungsraten. Die aktuelle Generation des Mobilfunknetzes überträgt Daten nochmals massiv schneller.

Die neue Mobilfunkgeneration hilft Autos, autonom zu fahren

Antworten auf die fünf wichtigsten Fragen zur 5G-Technologie

VON NIKLAUS SALZMANN

1 Was bedeutet 5G? Die Abkürzung steht für die fünfte Generation von Mobilfunknetzen, die in einigen Jahren das aktuelle 4G ablösen soll. Was die Technologie genau bietet, wird noch diskutiert. Die Rede ist von Downloadgeschwindigkeiten bis zu 10 GBit pro Sekunde - das wäre hundert Mal schneller als bisher.

2 Wozu brauchen wir das? Bei einer Datenrate von 10 GBit pro Sekunde könnten wir einen Spielfilm innert weniger Sekunden auf unser mobiles Gerät laden. Das ist schneller als für private Nutzer überhaupt nötig, doch es eröffnet neue Möglichkeiten im Bereich virtuelle Realität. Denkbar wäre beispielsweise, dass ein Chirurg via Roboter einen Tausende Kilometer entfernt liegenden Patienten operiert.

der Container eines Logistikunternehmens, der seinen Standort via Internet durchgibt. Die kurzen Reaktionszeiten und die hohe Zuverlässigkeit machen 5G auch für autonome Fahrzeuge interessant, die praktisch ohne Verzögerung auf die Bewegungen anderer Fahrzeuge reagieren müssen. Zudem werden Anwendungen wie Videokonferenzen, die schon mit der vierten Generation des Mobilfunknetzes möglich sind, besser funktionieren.

3 Wann wird 5G eingeführt? Verschiedene Unternehmen haben bereits 5G-Testnetze präsentiert, so die Deutsche Telekom an der Elektronikausstellung IFA, die heute in Berlin zu Ende geht. Samsung kündigt ein lokales 5G-Netz für die Olympischen Winterspiele 2018 in Südkorea an und das chinesische Unternehmen Huawei will im selben Jahr an der Fussballmeisterschaft in Moskau eine Technologie demonstrieren. Zu einer breitflächigen Einführung ist der Weg aber noch weit.

4 Werden wir dadurch stärker mit Handystrahlung belastet?

Das lässt sich noch nicht sagen, da noch keine Messungen vorliegen. Grundsätzlich werden wir mit einem schnelleren Netz auch mehr Daten übertragen, was mit Strahlung verbunden ist. Allerdings soll 5G auch effizienter sein, also weniger Strahlung pro übertragene Dateneinheit benötigen. Um die angestrebten Geschwindigkeiten zu erreichen, müssten an dicht frequentierten Orten wie Flughäfen, Bahnhöfen und Einkaufszentren zusätzliche Sender installiert werden.

5 Was bedeutet das für die Gesundheit? Ob Handystrahlung im Rahmen der gesetzlichen Grenzwerte die Gesundheit schädigt, ist umstritten. Nachgewiesen ist, dass sich beim Telefonieren das Gehirn und das Körpergewebe erwärmen. Ziemlich sicher verändern sich auch die Hirnströme. 5G soll allerdings in Gebäuden nebst den bisherigen auch weit höhere Frequenzen nutzen als 4G. Strahlung dieser Frequenzen dringt nicht in den Körper ein, sondern wird durch die Haut absorbiert, wodurch das Risiko von Hirnschäden quasi ausgeschlossen wird.

Schweizer zeigen wenig Interesse am Thema Vorsorge

Pensionskassen Eine repräsentative Umfrage zeigt kurz vor der Abstimmung über die Altersreform 2020, dass das Interesse in der Bevölkerung am Thema gesunken ist.

VON ANDREAS SCHAFFNER

Seit sieben Jahren führt Werner E. Rutsch diese Umfrage durch. Er will damit den Informationsstand der Bevölkerung im Bereich Vorsorge messen. Doch ausgerechnet im Jahr, in dem die Abstimmung über die Altersreform 2020 durchgeführt wird, interessieren sich offenbar noch weniger Menschen als sonst für das Thema. Fast ein Drittel - 32 Prozent - hat kein Interesse daran, im Jahr zuvor waren es noch 22 Prozent gewesen. Die Befragten gaben als Gründe für ihr Desinteresse an, dass sie entweder zu jung seien, keinen Einfluss hätten oder es sie schlichtweg sonst nicht interessiert. Die Studie wurde gestern vorgestellt.

«Die meisten Versicherten haben in ihrem Alltag nur sehr wenig mit ihrer Pensionskasse zu tun.»

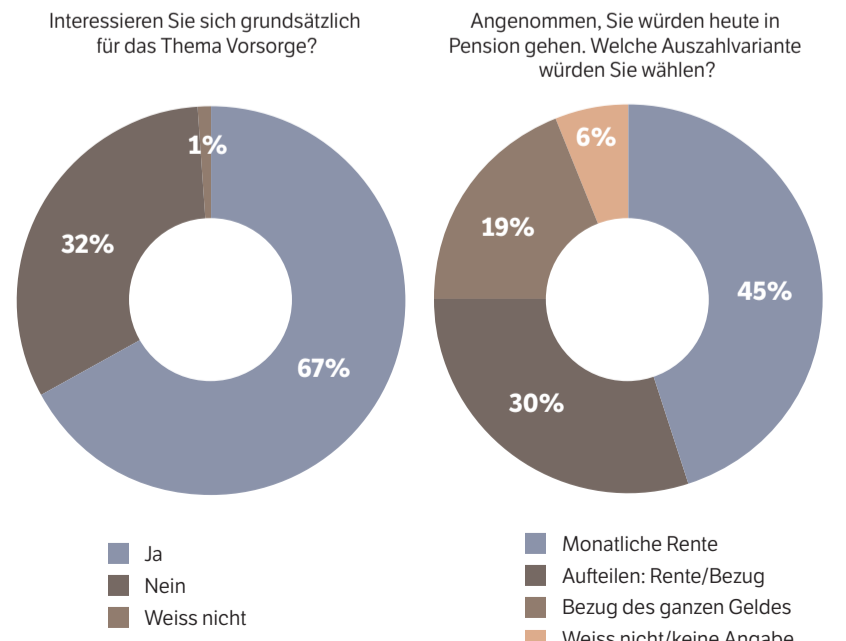
Werner E. Rutsch AXA Investment Managers

Rutsch, bei der Tochtergesellschaft des französischen Versicherungsunternehmens AXA in der Schweiz für die Betreuung von institutionellen Kunden - etwa Pensionskassen - zuständig, ist von diesem klaren Ergebnis überrascht. Er kann sich der Ausgang der Befragung, der vor allem bei den Jungen und wenig Verdienenden am klarsten ausgefallen ist, nicht wirklich erklären: «Vielleicht gibt es angesichts der Debatte ein Überangebot an Informationen, sodass es bei vielen Menschen in der Schweiz zu einem regelrechten «Overkill-Kommt.»

Mehrheit will Kapital beziehen

In der Umfrage zum Wissensstand der Bevölkerung über das Thema Vorsorge sind nun hierzu klare Aussagen gemacht worden, die die Befürworter dieser Reform bestärken: Erstmals seit Beginn der Erhebung möchten weniger als die Hälfte der Befragten, 45 Prozent, eine Rente beziehen. Vor allem jüngere Männer mit tieferen Einkommen sind klar der Meinung, dass ein Kapitalbezug für sie besser sei. «Angesichts der tiefen Zinsen ist das Ergebnis verständlich», sagt dazu Rutsch. Dass aber ausgerechnet Menschen mit tiefen Einkommen eine solche Variante wählen, sei für ihn nicht nachvollziehbar.

SO DENKEN DIE SCHWEIZER ÜBER DIE ZWEITE SÄULE



QUELLE: AXA/IM, GRAFIK: NCH/PAT